

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft



ZdK

28. Jg. Nr. 4
November 2022

Editorial

Miteinander

Die Gesellschaft endlich wachrütteln – so könnte man das Ziel der Aktivist*innen der „Letzten Generation“ umreißen, die mit immer drastischeren Protestformen den Klimaschutz vorantreiben wollen. Sitzblockaden und in Suppe getränkte Monets rufen in der Bevölkerung jedoch wenig Begeisterung hervor. Luca Finn Thomas, selbst aktiv bei der „Letzten Generation“, erklärt, warum Klimaprotest radikal sein muss. Astrid Hake vom Ökumenischen Netzwerk Klimagerechtigkeit hält dagegen und sagt: „Es ist wichtig, alle Teile der Gesellschaft in eine lösungsorientierte Debatte einzubinden.“

Für mehr Miteinander wirbt auch der Sozialethiker Prof. Dr. Markus Vogt. Er zeigt, dass die Gaspreiskrise nicht nur kalte Wohnungen, sondern auch gesellschaftliche Kälte zur Folge hat. Wie so häufig trifft es dabei die Ärmsten am härtesten – davon berichtet Margaretha Müller, die Alleinerziehende begleitet.

Ein Miteinander gelingt jedoch nur, wenn aufrichtig gesprochen wird. Diese Augenhöhe vermissten ZdK-Vizepräsidentin Birgit Mock und Bischof Dr. Helmut Dieser auf der IV. Synodalversammlung, als der Text zur Erneuerung der kirchlichen Sexualmoral am ablehnenden Votum einer stillen Sperrminorität unter den Bischöfen scheiterte. Mock und Dieser erklären, warum der Text unbedingt weiter diskutiert werden muss.

Schließlich ist es christlicher Auftrag, dass wir uns jedem Menschen mit seiner jeweiligen Individualität zuwenden und ihn als Geschöpf Gottes betrachten. Dazu soll auch der Katholische Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus beitragen. Ein Zeichen für mehr Miteinander – das brauchen wir dringend.

Marc Frings

Inhalt

- Chance und Auftrag** _____ 2
Kirchliche Sexualmoral braucht ein Update
[Birgit Mock & Bischof Dr. Helmut Dieser](#)
- Unsichere Ankunft** _____ 5
Gewalterfahrung und Gewaltschutz geflüchteter Frauen und Kinder in Deutschland
[Raphael Bolay & PD Dr. Andrea Schlenker](#)
- „Letzte Generation“** _____ 6
Mit Straßenblockaden zu konsequentem Klimaschutz
[Luca Finn Thomas](#)
- Muss die Klimabewegung radikaler werden?** _____ 7
Erfolgreiches Engagement für den Klimaschutz auch ohne Eskalation
[Astrid Hake](#)
- Die Ärmsten trifft es am härtesten** _____ 8
Krisen öffnen die soziale Schere weiter
[Margaretha Müller](#)
- Ökologische Sozialpolitik in Kriegszeiten** _____ 10
Keine Gerechtigkeit ohne Blick aufs Klima
[Prof. Dr. Markus Vogt](#)
- Antirassismus als kirchlicher Auftrag** _____ 12
Zum Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
[Raphael de Araújo Bittner](#)

Chance und Auftrag

Kirchliche Sexualmoral braucht ein Update

Bei der IV. Synodalversammlung vom 8. bis 10. September 2022 wurde der Grundtext des Forums 4 „Leben in gelingenden Beziehungen“ mit großer Mehrheit (81 %) verabschiedet, allerdings wurde die in der Satzung vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit der Bischöfe um drei Stimmen verfehlt. Was bedeutet das für die Zukunft?

Unser Forum hat den Auftrag, Beiträge zu erarbeiten, die die kirchliche Sexualmoral verheutigen können. Zum einen, um strukturelle Ursachen für sexualisierte Gewalt zu verhindern, wie die MHG-Studie sie auch in der Bedeutung spezifischer Vorstellungen kirchlicher Sexualmoral zu Homosexualität begründet sieht. Zum anderen, um Brücken zwischen Lehre und Lebenswelt zu bauen, damit die positiven Orientierungen einer kirchlichen Sexuallehre wieder neu gehört werden können.

Zu Beginn unserer Arbeit stand die mehrheitliche Einsicht, dass wir uns als Kirche schuldig gemacht haben. Wir machen uns das Bekenntnis und die Übernahme von Verantwortung zu eigen, die die deutsche Sprachgruppe bei der römischen Familiensynode im Oktober 2015 ins Wort gebracht hat: „Kirchliche Begleitung [ist] insbesondere in Situationen der Bedrängnis gefordert [...]. Im falsch verstandenen Bemühen, die kirchliche Lehre hochzuhalten, kam es in der Pastoral immer wieder zu unbarmherzigen Haltungen, die Leid über Menschen gebracht haben, insbesondere über ledige Mütter und außerehelich geborene Kinder, über Menschen in vorehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften, über homosexuell orientierte Menschen und über Geschiedene und Wiederverheiratete.“

„Wir haben Menschen ausgegrenzt, tief verletzt und in ihrer Menschwerdung behindert. (...) Alle Menschen, die unter den Auswirkungen kirchlicher Sexuallehre gelitten haben, bitten wir von Herzen um Vergebung.“

Grundtext Forum IV, Präambel

Unserem Auftrag gemäß streben wir eine umfassende Neubewertung von Sexualität an, die der Komplexität

menschlicher Sexualität und ihrer unaufgebbaren Integration in die Persönlichkeit des Menschen mehr gerecht wird. Die Bibel spricht von der liebevollen Beziehung Gottes zu seinen vielfältigen Geschöpfen. Diese Liebe gilt allen gleichermaßen. Die kirchlichen Normen sind in einer Zeit entstanden, in der andere Vorstellungen von Sexualität vorherrschten. Heute laufen sie vielen zentralen Erkenntnissen der Humanwissenschaften zuwider.

Zweifellos gibt es Gläubige, die die Lehre vollumfänglich aus Überzeugung bejahen und sie als Orientierung erleben. Zu viele gläubige Menschen und Paare jedoch erleben eine Kluft zwischen kirchlicher Lehre und dem, was sie selbst als befreiend und beglückend erfahren. Wir stellen fest:

Als Gottes Ebenbild besitzt jeder Mensch eine unveräußerliche Würde. Sie besteht darin, dass jeder Mensch sich in seinem So-Sein nicht nur als von Gott geschaffen und gewollt, sondern auch bejaht und geliebt annehmen darf. Diese schöpfungstheologische Grundannahme stellt alle Menschen auf die gleiche Stufe, unabhängig von sexueller oder geschlechtlicher Identität, von Alter oder Beziehungsstatus. Jeder Mensch ist um seiner selbst willen da und um seiner selbst willen von Gott geliebt. Vielfalt ist Teil des Schöpfungsplans.

Seiner geschöpflichen Natur nach ist jeder Mensch ganz Person: Jede*r Einzelne lebt aus der Selbstannahme und -mitteilung und damit zugleich auch aus dem Bezug zu anderen. Sexuelle Identität gehört in einer solchen personalen Verfasstheit des Menschen deshalb unbedingt zum Menschsein und zur Ausbildung der eigenen Identität dazu. Man darf Menschen wegen ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung nicht verpflichten, sich jedes sexuellen Selbstausdruckes enthalten zu müssen.

Die Einvernehmlichkeit in Sexualität und Partnerschaft ist in einer gelebten sexuellen Beziehung genauso unabdingbar wie die Übernahme von Verantwortung für sich und die andere Person. Hierzu zählen immer auch die freie Wahl des*der Partner*in, das Recht, Nein zu aufgenötigten Handlungen zu sagen, die freie Zustimmung zu allen Gestaltungsformen und die Übernahme von emotionaler Verantwortung.

Auch für sexuelle Beziehungen ist darum nach der Maßgabe des christlichen Evangeliums die Liebe das zentrale Gestaltungsprinzip. Sie lässt die Menschen in diesem verletzlichen Raum erfahren, dass sie in leiblichen Berührungen und Zärtlichkeiten um ihrer selbst willen gemeint und bejaht sind.

Anhand dieser Grundlegungen wollen wir den Blick wieder neu dafür öffnen, was die kirchliche Tradition für wertvolle Impulse für den Umgang mit Sexualität bereithält: Dazu zählen die grundlegende Verbindung von Sexualität und Liebe, die Wertschätzung der Ehe, das Werben darum, in Partnerschaft verbindlich Freundschaft und Treue zu suchen und Verantwortung im Fall von Elternschaft zu übernehmen. Ebenso sind die Grenzen von gelebter Sexualität im Blick: Sie beginnen immer dort, wo die Würde von Menschen und ihr Recht auf Selbstbestimmung verletzt wird: bei Zwangsprostitution, Vergewaltigung, entwürdigenden Praktiken in Pornografie sowie allen weiteren Formen sexualisierter Gewalt. Wir schlagen dem Papst und der gesamten Kirche folgende Weiterentwicklungen vor:

Sexualität ist Geschenk und Gestaltungsauftrag zugleich

Wir verstehen menschliche Sexualität als von Gott geschenkte, positive Lebenskraft. Als solche hat sie eine wesentliche Bedeutung für die menschliche Identität und ist in verantwortungsvoller Gestaltung Ausdruck menschlicher Freiheit. In jedem Menschen wohnt die Fähigkeit, Stärkendes von Schädlichem zu unterscheiden. Wir sehen die Aufgabe der Kirche darin, Menschen in dieser Unterscheidung zu unterstützen und sie zu ermutigen, Sexualität mit ihrem Glauben in Verbindung zu bringen.

Wir würdigen sexuelle Identität in ihrer Vielfalt

Jede personale Identität ist in Entwicklung. Auch die Sexualität entwickelt sich über die Lebensspanne hinweg. Sowohl sexuelle Orientierung als auch geschlechtliche Identität sind das Ergebnis eines höchst persönlichen Wachstumsprozesses, den festzustellen der betreffenden Person obliegt. Mit der Anerkennung einer mit dem Ge-

schaffensein selbst gegebenen Vielfalt sexueller Identitäten verbieten sich alle Formen von Diskriminierung, Geringschätzung oder Nichtachtung. In der Nachfolge Jesu steht allen Menschen mit ihrer Identität die Fülle des Lebens offen.

Wir nehmen die Vielstimmigkeit menschlicher Sexualität ernst

Sexualität gehört zu den leiblichen und geistigen Sprachen des Menschen und damit zum höchst persönlichen Selbstausdruck in unvertretbarer Verantwortung. Sie macht Liebe und Zuneigung konkret erfahrbar. Sie vertieft Vertrauen, erfüllt Bedürfnisse nach Annahme und Nähe, umfasst die lustvolle Erfahrung der eigenen wie der anderen Person und ist Ausdruck der Identität eines Menschen. Umgekehrt eröffnet ein solches Verständnis auch die Einschätzung, dass der sexuelle Selbstausdruck unwahrhaftig, gewaltsam und verletzend sein kann und darum der dauernden selbstkritischen Überprüfung, Gestaltung und christlichen Kultivierung bedarf.

Fruchtbarkeit hat mehrere Dimensionen

Sexualität ist in vielfacher Hinsicht eine Leben spendende Kraft, dies zuhächst im von der Schöpferkraft Gottes beschenkten Wunder der Zeugung eines Menschen. Die Fruchtbarkeit menschlicher Sexualität besitzt aber ebenso eine soziale Dimension. Sie konkretisiert ihre Offenheit für neues Leben in der Übernahme von Verantwortung für Wohl und Wehe der anderen Person in einer sexuellen Beziehung und für die Erziehung und Förderung aufwachsender junger Menschen. Es bedeutet nicht, dass ausnahmslos jede geschlechtliche Vereinigung diese Offenheit biologisch realisieren muss. (Ehe-)Paare stehen vor der Aufgabe, die grundsätzliche Offenheit in ihre verantwortete Elternschaft gewissenhaft zu integrieren.

Die Fruchtbarkeit homosexueller Partnerschaften

Homosexuelle Orientierung ist eine mit der Schöpfung gegebene gleichwertige Variante menschlicher Sexualität. Die in homosexuellen Beziehungen gelebte Selbstbestimmung, Treue, Dauerhaftigkeit, Ausschließlichkeit

und Verantwortung füreinander sind anzuerkennen. Homosexualität ist kein Ausschlusskriterium für den Zugang zu Weiheämtern. Sogenannte Konversionsbehandlungen, die auf die Desintegration der personalen Identität in Bezug auf die sexuelle Orientierung abzielen und den Glauben von homo- und transsexuellen Menschen gefährden, sind strikt abzulehnen und zu unterbinden.

Sexuelle Lust in ihrer Schönheit erfahren

Sexuelle Lust ist eine Dimension menschlicher Sexualität. Sie lässt die leibliche Annahme der eigenen wie der anderen Person besonders intensiv und beglückend erfahren. Wir wollen ermutigen, über die ganze Spanne des menschlichen Lebens mit der eigenen Lust achtsam und würdevoll umzugehen. Alle Formen erniedrigender, ausbeuterischer oder gewaltsamer sexueller Lustgewinnung lehnen wir dagegen strikt ab.

Sexualität als Beziehung zu sich selbst wie zu anderen

Sexualität verwirklicht sich in Beziehungen zu anderen und auch zu sich selbst. Das lustvolle, selbststimulierte Erleben des eigenen Körpers kann ein wichtiger Baustein der persönlichen Selbsterfahrung und Verdankung sein. Zugleich birgt es die Gefahr der reinen Selbstbezogenheit. Selbstliebe ist vor allem jedoch eine wichtige Voraussetzung für eine gute Beziehung zur eigenen Sexualität und für einen würdevollen Umgang mit der anderen Person.

Aus dem Zuspruch Gottes schöpfen

Verbindlich gelebte, auf Dauer angelegte Beziehungen verdienen Wertschätzung. Eine besondere Form stellt die christliche Ehe dar. Das Vertrauen in das heilende Handeln Gottes schließt ein schmerzhaftes Scheitern nicht aus. Es schließt aber das Vertrauen in die Gegenwart eines Gottes ein, der die Lebenswege aller Menschen mit seiner Güte und Obhut begleitet. Partnerschaften bedürfen, wie alles, was auf Gott hin wachsen soll, des Segens Gottes. Wir wollen Rituale schaffen für Paare, die ihre Liebe und ihren Wunsch nach Treue Gott anvertrauen wollen.

Handlungsebene

Zwei Handlungstexte, die auf diesen Grundlegungen aufbauen, haben wir auf der letzten Synodalversammlung verabschiedet: zur Neubewertung von Homosexualität im Katechismus weltweit und zur Änderung der kirchlichen Grundordnung in Deutschland. Wir setzen uns sehr dafür ein, dass die geplanten Änderungen der Grundordnung, nach denen die persönliche Lebensführung zukünftig kein Kündigungsgrund und kein Einstellungshindernis mehr sind, noch in diesem Jahr in Kraft gesetzt werden. Zwei weitere Handlungstexte planen wir für die letzte Synodalversammlung 2023: zu Segensfeiern und zur Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt.

Wirkungen

Der Grundtext entfaltet schon jetzt seine Wirksamkeit: Wir erlebten dies in intensiven, teils kontroversen, aber immer fruchtbaren Debatten in unserem Forum und in der Synodalversammlung. Wir hörten in berührender Weise von den Beobachter*innen des synodalen Weges aus dem europäischen Ausland, wie sie mit dem Text in ihrem Umfeld arbeiten. In einer Vielzahl von deutschen Bistümern wird der Text den synodalen Gremien zur Weiterarbeit vorgelegt und als Handlungsgrundlage empfohlen.

Wir glauben an einen Gott, zu dessen Schöpfungsplan Vielfalt dazugehört. In diesem Sinne arbeiten wir mit dem Text weiter und wünschen ihm eine große Verbreitung und Impulskraft, vom Evangelium her weiter über das Geschenk und die Berufung menschlicher Sexualität nachzudenken.

| [Birgit Mock](#),
Vizepräsidentin des ZdK

| [Dr. Helmut Dieser](#),
Bischof von Aachen

Birgit Mock & Bischof Helmut Dieser leiten gemeinsam das Synodalforum „Leben in gelingenden Beziehungen – Liebe leben in Sexualität und Partnerschaft“

Unsichere Ankunft

Gewalterfahrung und Gewaltschutz geflüchteter Frauen und Kinder in Deutschland

Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg oder Verfolgung verlassen müssen, sind regelmäßig enormen Gefährdungen ausgesetzt. Das führen uns Bilder aus Krisengebieten und von den EU-Außengrenzen drastisch vor Augen. Weniger im Bewusstsein ist, dass Gewalterfahrungen häufig den Fluchtprozess überdauern und auch nach der Ankunft im (Erst-)Zufluchtsland weiterhin präsent sind. Der Deutsche Caritasverband (DCV) engagiert sich seit vielen Jahren für mehr Gewaltschutz, insbesondere für vulnerable Personen wie geflüchtete Frauen und Kinder – aber auch für Menschen mit Behinderung oder LSBTI*Geflüchtete. Im Folgenden werden einige Schlaglichter auf Gewaltschutzmaßnahmen in Deutschland geworfen.

Gewalt auf der Flucht

Berichte von Übergriffen durch Schlepper oder Misshandlungen beispielsweise in vermeintlichen libyschen „Aufnahmelagern“ zeigen, dass Fluchtprozesse mit massiven Gefährdungen einhergehen. Verschiedene Organisationen leisten hier Nothilfe. Allerdings bleibt der Fluchtprozess in vielen Bereichen Regelungsbemühungen entzogen, was den Zugang zu Schutz erschwert. Auch aus diesem Grund setzt sich der DCV für einen Ausbau sicherer Zugangswegen nach Europa und Deutschland ein.

Gewaltschutz in deutschen Flüchtlingsunterkünften

Infolge der hohen Zugangszahlen der Jahre 2015/16 wurden in Deutschland Notunterkünfte wie Turnhallen oder Zelte in Betrieb genommen, in denen zu Beginn auch selbstverständliche Standards wie getrennte Sanitärräume oder Rückzugsmöglichkeiten nicht überall sichergestellt waren. Angeregt durch das Bundesfamilienministerium gründete sich im Jahr 2016 eine „Initiative zum Schutz geflüchteter Menschen in Flüchtlingsunterkünften“, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften zu verbessern. Im Zusammenspiel von staatlichen Stellen und Zivilgesellschaft – darunter auch

dem DCV – wurden Veranstaltungen durchgeführt, Umsetzungsvorschläge in Form von Mindeststandards erarbeitet und unterstützende Strukturen entwickelt.¹

Für Geflüchtete aus der Ukraine, darunter viele Frauen und Kinder, ist rechtlich statt einer Unterbringung in Flüchtlingsunterkünften von Anfang an eine private Unterbringung möglich. Dies ist integrationspolitisch sinnvoll – kann aber mit Gefahren verbunden sein. Neben den vielen Helfer*innen wollten vereinzelt auch Personen mit Verbindungen zum Menschenhandel vor allem Frauen privat aufnehmen. Um Gewalt zu verhindern, müssen Aufnahmen koordiniert ablaufen und die Betroffenen informiert und sensibilisiert werden.

Stärkung von Geflüchteten

Empowerment-Angebote haben sich im Zusammenhang mit Gewaltschutz als wirksam erwiesen. Beim DCV bestehen etwa über ein von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördertes Projekt Angebote, über die Frauen ihre Rechte und bestehende Hilfestrukturen kennenlernen. Wichtig sind auch geschützte Räume, in denen Betroffene über ihre Ängste und Erfahrungen sprechen können.²

Insgesamt gab es in den vergangenen Jahren in Deutschland deutliche Fortschritte beim Gewaltschutz für Geflüchtete. Erforderlich sind nun aber ein Übergang von Freiwilligkeit zu klarer rechtlicher Verbindlichkeit und verlässliche Unterstützungsstrukturen. Hierzu braucht es über die bereits involvierten Akteur*innen hinaus die Sensibilisierung einer breiteren Öffentlichkeit.

| **Raphael Bolay**

Referent Flucht und Asyl beim Deutschen Caritasverband

| **PD Dr. Andrea Schlenker**

Leiterin des Referats Migration und Integration des Deutschen Caritasverbands

¹ Siehe: www.gewaltschutz-gu.de

² Siehe: www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/migration/empowerment-von-gefluechteten-frauen/

Radikaler Aktivismus

Pro

„Letzte Generation“

Mit Straßenblockaden zu konsequentem Klimaschutz

Die Klimakrise ist keine abstrakte Bedrohung der Zukunft – die Auswirkungen steigender Temperaturen sind schon heute zu spüren. Angesichts des immer kleiner werdenden Zeitfensters für politische Veränderung sind ziviler Ungehorsam und Widerstand gerechtfertigt und notwendig.

Die „Letzte Generation“ ist aus dem Hungerstreik junger Menschen vor der Bundestagswahl 2021 hervorgegangen und hat seit Januar 2022 mit Straßenblockaden, öffentlichem Containern oder Zudrehen von Ölpipelines Aufsehen erregt. Warum tut sie das?

Prof. Dr. Hans-Otto Pörtner, Wissenschaftler im Weltklimarat, sagt zum noch verbleibenden Zeitfenster: „Wir befinden uns in der entscheidenden Dekade der Klimapolitik.“ Ursache dafür sind irreversible Kippelemente im Klimasystem. Wird etwa der Kippunkt des Grönlandeis überschritten, schmilzt es ab und der Meeresspiegel steigt um sieben Meter. Kippelemente können sich gegenseitig destabilisieren und Domino-Effekte auslösen, die daraufhin zu einem noch schnelleren und stärkeren Temperaturanstieg führen.

Zudem fehlt bislang in der Debatte um die Klimafolgen eine global-emotionale Betrachtung. Mehr als drei Milliarden Menschen sind bereits hochgradig durch die Klimakrise gefährdet. Sie werden ihr Zuhause durch Überflutungen, Stürme oder Waldbrände verlieren. Hunderte Millionen Menschen werden Hunger leiden oder wegen Kriegen um Wasser die Flucht ergreifen. Die Klimakrise wird unser Leben in den nächsten Jahrzehnten in nie dagewesener Weise verändern. Bei einem emotionalen Verständnis der Klimakrise ist klar, dass nun schnelles Handeln nötig ist, um die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufzuholen.

Nun stellt sich die Frage nach den geeigneten Mitteln und Aktionsformen, um gesellschaftspolitischen Wandel herbeizuführen. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Aktionsformen wie Demonstrationen, Petitionen und

Diskussionen es nicht geschafft haben, politischen Druck für die benötigten Veränderungen zu erzeugen. Die Blockaden der „Letzten Generation“ sind wie ein Feueralarm – nicht zu ignorieren und einen Notfall anzeigend. Sie stören den Alltag des fossilen „Weiter-So“ und erinnern uns immer wieder daran, dass wir uns in einer existenziellen Krise befinden.

Sie polarisieren und erzeugen dabei auch viel Unverständnis und Ablehnung. Die Erfahrung früherer sozialer Kämpfe bedenkend, wie die Sklavenbefreiung oder das Frauenwahlrecht, ist das kein Novum. Progressive Ideen lösten meistens zunächst Widerstände aus und mussten sich durchsetzen – auch mit kontroversen Mitteln. Wie aber die höchststrichterliche Rechtsprechung zu Blockaden während der Friedens- oder Nachrüstungsdebatte zeigt, sind solche Aktionen nicht per se demokratiefeindlich.

Die gute Nachricht ist: Es ist noch nicht zu spät! Wenn wir unverzüglich Treibhausgase einsparen, Ökosysteme und Ackerflächen resilienter gegen Klimafolgen machen und eine gerechte Verteilung der Transformationskosten zwischen Globalem Norden und Süden entwickeln, sind die schlimmsten Folgen noch abwendbar. Der „Bürgerrat Klima“ hat viele gute Vorschläge für konsequenteren Klimaschutz gemacht. Klimagerechtigkeit bedeutet nicht nur technische Innovation, sondern eine sozial-ökologische Transformation, deren Teil wir alle sein können. Die „Letzte Generation“ möchte mit ihren Aktionen Gesellschaft und Politik dazu bewegen, sich endlich entschlossen für Klimagerechtigkeit einzusetzen.

| Luca Finn Thomas

Student der Umweltwissenschaft an der Universität Bayreuth und Mitglied der „Letzten Generation“

Hinweis: Quellen sowie eine ausführliche sozioethische Rechtfertigung zivilen Ungehorsams und Widerstands enthält das neue Buch „Widerstand! – Gegen eine Wirtschaft, die tötet!“ von Pater Dr. Jörg Alt SJ, erschienen im Vier-Türme-Verlag, Münsterschwarzach.

Radikaler Aktivismus Contra

Muss die Klimabewegung radikaler werden?

Erfolgreiches Engagement für den Klimaschutz auch ohne Eskalation

Die fortschreitende Klimakrise lässt einen verzweifeln. In diesem Sommer wurden wir täglich mit Nachrichten von Waldbränden, ausgetrockneten Flussbetten und Hitzewellen konfrontiert – und das ist erst der Anfang. Klimaforscher*innen erwarten bis 2050 einen Temperaturanstieg von mindestens 1,6 bis 2,4 Grad Celsius, je nach Szenario sogar mehr als 4 Grad Celsius bis 2100. Mit dabei: all die verheerenden Folgen, die sich schon jetzt erahnen lassen.

Dennoch erwecken manche politischen Diskussionen um Tempolimit oder Tankrabbat den Eindruck, als befänden wir uns nicht schon mitten in der Krise. UN-Generalsekretär António Guterres fand bei der Pressekonferenz zur Veröffentlichung des jüngsten Berichts des Weltklimarats im April 2022 klare Worte: „Klimaaktivisten werden manchmal als gefährliche Radikale dargestellt, aber die wirklich gefährlichen Radikalen sind die Länder, die die Produktion von fossilen Brennstoffen erhöhen.“ Sollte sich die Klimabewegung radikalisieren, um aufzurütteln und Alarm zu schlagen?

Die Aktionen der „Letzten Generation“ erhalten große mediale Aufmerksamkeit und sind ein Weckruf an alle, sich gegen die Krise zu stemmen. Und doch ist es fraglich, ob sie am Ende nicht das Gegenteil bewirken. Die Aktionen lösen zum Teil Unverständnis, Empörung oder Ablehnung in der Bevölkerung aus und geben all jenen Auftrieb, die die Klimaaktivist*innen schon immer für eine radikale Gruppe hielten. Ziel der Klimabewegung sollte aber sein, die Forderungen nach mehr Klimaschutz in die Öffentlichkeit zu tragen, alle mitzunehmen, offen für den gesellschaftlichen und politischen Dialog zu bleiben und nicht zur Frontenbildung beizutragen.

Die friedlichen Proteste der Kinder und Jugendlichen von „Fridays for Future“ sind das beste Beispiel hierfür und haben auch ohne Radikalisierung zu beachtlichen Erfolgen

geführt. Allein durch Klimastreiks haben sie es geschafft, die Klimakrise an den Küchentisch in Familien zu tragen und ihre Eltern, Großeltern und weitere Erwachsene für sich und ihre Anliegen zu gewinnen. Sie haben erfahren, dass sie gemeinsam etwas bewegen können, und zahlreiche gesellschaftliche Gruppen zum Mitmachen animiert. Auch die Kirchen haben sich durch „Churches for Future“ mit den Zielen der Schüler*innen solidarisiert und das Thema Klimagerechtigkeit in den eigenen Institutionen stärker verankert.

Der Klimawandel ist – auch dank der Klimabewegung – längst in der deutschen Gesellschaft angekommen und bereitet den Menschen große Sorgen. Umfragen zufolge besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass die Erderhitzung real und menschengemacht ist. Die Menschen sind zu einem Großteil bereit, im Kampf gegen die Erderwärmung und für ein nachhaltigeres Leben Opfer zu bringen – sofern der Klimaschutz an ihre Vorstellungen von einem guten Leben anknüpft, nicht zu viel kostet und sozial ausgewogen ist.

Es ist wichtig, alle Teile der Gesellschaft in eine lösungsorientierte Debatte einzubinden und Spaltungen sowie soziale Konflikte zu vermeiden. Die Menschen vor den Kopf zu stoßen, hilft langfristig nicht weiter. Vielmehr muss das Engagement für das Klima an die Werte und Lebenswelten der Menschen anschließen und besonders auf diejenigen eingehen, die dem Klimaschutz tendenziell eher skeptisch gegenüberstehen. Den Gefühlen der Hilflosigkeit und Enttäuschung können Erfahrungen der Selbstwirksamkeit entgegengesetzt werden. Erfolgsgeschichten inspirieren die Menschen. Deswegen ist es wichtig, dass Klimaschutzaktionen positive Gefühle auslösen.

Starke Positionen aus der Zivilgesellschaft kann sich auch die Politik nicht verschließen. Neben dem öffentlichen Druck bringen breit aufgestellte Bündnisse von zivilgesellschaftlichen Organisationen (z. B. Umweltverbänden, Gewerkschaften, Kirchen) die Forderungen auch in die politischen Institutionen ein und erwirken weitere Fortschritte im Klimaschutz.

| [Astrid Hake](#)
Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit

Die Ärmsten trifft es am härtesten

Krisen öffnen die soziale Schere weiter

Corona-Pandemie, hohe Inflation, steigende Lebensmittelpreise und explodierende Energiekosten – wie kann unsere wohlstandsverwöhnte Gesellschaft damit umgehen?

In der reichen Bundesrepublik leben 13,8 Millionen Menschen in Armut, so der Paritätische Wohlfahrtsverband. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Irene Becker hat mit Kolleginnen vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung (INES) in Berlin in der Studie »Wohlstand, Armut und Reichtum neu ermittelt« auch mögliches Vermögen – z.B. ein Eigenheim – des ärmeren Teils der Bevölkerung mit einbezogen. In dieser Studie ergibt sich ebenfalls ein hohes Niveau der Armutsquote von rund 16 Prozent. Auch oberhalb der Armutsgrenze sehen die Sozialwissenschaftlerinnen einen Prekaritätsbereich. Gemeint ist damit eine finanzielle Ausstattung, die zwar für die Befriedigung grundlegender physischer Bedürfnisse reicht, gesellschaftliche Teilhabe aber nicht mehr gewährleistet. Die Anzahl der Menschen, die aufgrund der aktuellen krisenhaften Situation in den Prekaritätsbereich rutschen, wird zunehmen. Deswegen sind staatliche Ausgleichsmaßnahmen notwendig – inzwischen ist das dritte „Retzungspaket“ auf dem Weg zur Umsetzung. „Geld sollte allerdings nicht ‚mit der Gießkanne‘ verteilt werden, sondern gezielt den Bedürftigen zukommen, denn die oberen Bereiche brauchen keine Unterstützung“, so Becker. Ein Indikator für die Situation der Armen sind die Meldungen des Dachverbandes der Tafeln von Juli 2022: Die Zahl der „Kund*innen“ habe sich um mehr als die Hälfte erhöht. Es ist davon auszugehen, dass sich die Situation in allen Unterstützungseinrichtungen in den kommenden Monaten verschärft.

Wer sind „die Bedürftigen“?

Nach offiziellen Angaben sind von den Preissteigerungen und der aktuellen krisenhaften Lage besonders Menschen im SGB-II-Bezug, Menschen, die in Niedriglohnbereichen arbeiten, und Rentner*innen betroffen. In diesen Gruppen

finden sich überproportional viele Alleinerziehende, Menschen mit „nichtdeutscher“ Herkunft, Rentner*innen und Studierende wieder. Armut betrifft zu einem sehr hohen Anteil Frauen, insbesondere in der Gruppe der Alleinerziehenden und der Rentner*innen. Bei vielen dieser Gruppen betrifft die Armutssituation auch Kinder. In letzter Zeit melden sich auch Menschen/Familien der unteren Mittelschicht. Eine Klientel, die bislang nicht oder kaum auf Hilfe- und Unterstützungsleistungen angewiesen war.

Wie sieht Armut konkret aus?

Wir als Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin sind in unseren vielfältigen Einrichtungen und Unterstützungsprojekten tagtäglich mit ärmeren Menschen in Kontakt, erleben tagesaktuelle Not, Verzweiflung, die gefühlte Ausweglosigkeit, aber auch den tapferen Kampf, sich und die Familie zu versorgen. Zwei Beispiele:

1. Eine alleinerziehende Mutter von drei Kindern im Alter von drei, acht und 12 Jahren wendet sich ratsuchend an unsere „Koordinierungsstelle für Alleinerziehende“. Ihre Familie gerät immer häufiger in akute Geldnöte. Die Mutter befürchtet, in eine Schuldspirale zu geraten, obwohl sie an allen Ecken und Enden spart. Gemüse und Obst kommen seltener auf den Tisch, es wird mit den preisgünstigsten Lebensmitteln gekocht, Reste werden verwertet. Kleidung und Schuhe für die Kinder werden nur noch angeschafft, wenn sie wachstumsbedingt unbedingt vonnöten sind. Das 12-jährige Mädchen leidet sehr darunter, dass das Taschengeld gekürzt wurde und sie teilweise Kleidung aus der Kleiderkammer tragen muss. Obwohl – nach Auskunft der Mutter – nach außen nicht sichtbar ist, dass es sich um gebrauchte Kleidungsstücke handelt, fühlt sich das Kind stigmatisiert und macht der Mutter Vorwürfe. Kinobesuche und weitere kostenpflichtige Aktivitäten wurden komplett eingestellt. Das familiäre Zusammenleben wird durch die Einsparmaßnahmen auf eine harte Probe gestellt. Die beiden älteren Kinder „grollen“ innerlich und akzeptieren die Sparmaßnahmen widerwillig, nur aufgrund immer wiederholter Erklärungen und Diskussionen vonseiten der Mutter. Zwischenzeitlich fühlt sich die Mutter neben der konkreten Belastung durch die finanzielle Situation zunehmend auch mental belastet. Gefühle der Ausweglosigkeit tauchen auf und Sätze

wie „ich krieg das nicht hin“, „ich bin dauernd in Sorge“, „meine Fröhlichkeit, Zuversicht und mein gutes Verhältnis zu den Kindern leiden zusehends“; „ich werde von meinen Kindern und von mir selbst als ewige ‚Verbieterin‘ wahrgenommen“, „die bisher gute Atmosphäre in der Familie verschlechtert sich“, „ich fühle mich verantwortlich, schuldig und wütend, weiß nicht, wohin mit meiner Wut, fühle mich hilflos, verzweifelt und überfordert, manchmal denke ich, dass ich noch verrückt werde ...“.

2. Eine Frau mit Fluchterfahrung wendet sich nach Gewalterfahrung in der Beziehung an unseren „Anti-Gewalt-Bereich“. Sie ist nach ihrer Flucht bei einem Mann eingezogen, der Mietvertrag läuft auf den Mann; beide beziehen SGB-II (bislang als Bedarfsgemeinschaft). Sie hat ein Kind von einem anderen Mann im Alter von fünf Jahren, weitere Verwandte in Deutschland gibt es nicht. Sie möchte für sich und das Kind Eigenständigkeit und eine Zukunft für die Familie aufbauen, weswegen sie Unterstützung sucht bei der Wohnungssuche und bei der Frage, ob und wie sie eine Eigenständigkeit finanziell schaffen kann. „Kundin“ der Tafel ist sie bereits.

Wie können konkrete Unterstützungsmaßnahmen aussehen?

Soziale Einrichtungen, die Ratsuchende empathisch aufnehmen, mindern das Gefühl, mit den Problemen allein zu sein. Beratung, Vermittlung an spezialisierte Angebote/ Institutionen im Sozialraum, Begleitung und Unterstützung (Ausfüllhilfe für Anträge, z.B. WBS) sind selbstverständlich. Manchmal besteht außerdem die Möglichkeit, mit einer Geldgabe oder in Form eines Gutscheins Soforthilfe zu leisten – dies sind aber eher punktuelle Ausnahmen und stellen keine nachhaltigen Hilfen zur dauerhaften Linderung der Nöte dar. Aus unserer Erfahrung muss der „mental Stabilisierung / Unterstützung“ der Ratsuchenden großer Wert beigemessen werden. Es gilt zu verhindern, dass große Teile der von Armut Betroffenen aufgrund der ökonomischen Situation verzweifeln und Ohnmachtsgefühle und Ausweglosigkeit zu mentalen und psychosomatischen Krankheiten bei Eltern wie Kindern führen.

Können Privatpersonen zur Linderung der Not beitragen?

Jede Person kann und sollte in der aktuellen Situation tätig werden. Sei es mit Kindern der Nachbarin einen kleinen Ausflug machen, Flaschen sammelnden Rentner*innen Leergut geben oder eine kleine Unterhaltung zwischendurch, um Einsamkeit und Isoliertheit zu verhindern. Hilfeleistungen, wie für mobilitätseingeschränkte Menschen einzukaufen, oder direkte Geldleistungen (auch anonym ins Postfach, um Beschämung zu vermeiden), wenn dies möglich ist, sind weitere Beispiele für notwendiges zivilgesellschaftliches Engagement im Alltag. Viele soziale Projekte sind auf Spenden angewiesen, um Bedürftige unterstützen zu können. Wer spenden kann, soll spenden. Es gilt, die Nöte der anderen wahrzunehmen und situationsangemessen zu handeln, von eigenen Egoismen Abstand zu nehmen und ärmeren Mitgliedern der Gesellschaft einen Teil des eigenen Wohlstands (Zeit, Geld, Kompetenzen) proaktiv abzugeben.

Können Sozialverbände wachsender Ungleichheit entgegenwirken?

Unbedingt! Sozialverbände wie der Caritasverband, der Paritätische Wohlfahrtsverband und weitere sollten ihre Stimmen – im besten Fall gemeinsam – zu einem unüberhörbaren Instrument gegenüber den politischen Entscheider*innen machen! Es bedarf eines guten, mächtigen Lobbyismus, um ein noch weiteres Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich zu verhindern. Die zunehmende Spaltung, die breite Teile der Gesellschaft in den Armutsbereich drängt, hat das Potenzial, die gesellschaftliche Grundordnung zu erschüttern und die demokratische Verfasstheit infrage zu stellen. Unsere Stimmen, den vorhandenen Reichtum von oben nach unten zu verteilen und entlastende Unterstützungsleistungen gezielt für den ärmeren und armen Teil der Bevölkerung zu ermöglichen, müssen unüberhörbar sein – in den digitalen und Printmedien, in kommunalen wie Landesparlamenten und auf bundespolitischer Ebene!

| **Margaretha Müller**
Koordinierungsstelle Alleinerziehende Neukölln
im Sozialdienst katholischer Frauen e.V.

Ökologische Sozialpolitik in Kriegszeiten

Keine Gerechtigkeit ohne Blick aufs Klima

„Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise.“ Dieser programmatische Satz aus der Enzyklika Laudato si' trifft in spezifischer Weise auch auf die gegenwärtige Gaspreiskrise in Deutschland und Europa zu: Sie verstärkt das Festhalten an der Atomenergie und vor allem an der Kohle, die doppelt so klimaschädlich ist wie Gas. Sie belastet weniger finanzkräftige Haushalte existenziell und führt absehbar zum Abbau von Arbeitsplätzen in den energieintensiven Branchen. Folgt man Papst Franziskus, dann können Lösungen nur gelingen, wenn man die komplexen ökosozialen Zusammenhänge in den Blick nimmt.

Der Gaspreisschock, den wir gegenwärtig erleben, erinnert an die Ölpreiskrise, die 1973 und 1979/80 eine schwere Rezession in den Industrieländern auslöste. Damals hat die deutsche Politik zu drastischen Einschränkungen gegriffen, wovon sich insbesondere der autofreie Sonntag in das kollektive Gedächtnis eingebrannt hat. Bei Erdgas, das zu wesentlichen Teilen zum Heizen privater Haushalte sowie für die energieintensive Industrie verwendet wird, gibt es keine vergleichbare Steuerungsmöglichkeit. Jedenfalls kann man Haushalte und Industrie in liberalen Demokratien nicht sinnvoll rationieren. Die Regelung über den Marktpreis wäre die naheliegende Alternative. Dieser ist jedoch so hoch (zeitweise 40 Cent pro kWh, also mehr als das Sechsfache des in den vergangenen Jahren gewohnten Preises), dass er auf Dauer sozial bedürftige Haushalte von der Grundversorgung ausschließt. Auch in Deutschland droht das Phänomen der Energiearmut. Die Energieversorgung bedarf einer sozialpolitischen Abfederung. Auch einige energieintensive Branchen werden ihren Standort in Deutschland und damit entsprechende Arbeitsplätze nicht ohne Subventionierung halten können.

Mit dem „Doppelwumms“ des 200-Milliarden-Euro-Pakets hat die Bundesregierung aktuell ein wuchtiges Maßnah-

menbündel der sozialen Abfederung beschlossen. Wichtige Maßnahmen sind u. a.: Heizkosten- und Wohngeldzuschuss, eine einmalige Energiepauschale für Rentner*innen und Studierende, die Aufstockung des Kindergeldes sowie die modifizierte Fortführung des günstigen Nahverkehrstickets.

Kalkül der gesellschaftlichen Spaltung

Das Risiko, dass es zu sozialen Spaltungen kommt und diese im Wahlkampf und in den sozialen Medien aktiv befeuert werden, ist hoch. Genau das ist das politische Kalkül von Präsident Putin. Er hat die Nutzung der Ressourcenpolitik als Waffe im hybriden Krieg gegen den Westen von langer Hand geplant. Deutschland war hier besonders naiv. Wie konnte es geschehen, dass wir uns beim Energieimport zu 45 Prozent von Russland abhängig gemacht haben, beim Erdgas sogar zu 55 Prozent, dass der größte Gasspeicher an Gazprom und die größte deutsche Öl-Raffinerie an den russischen Ölkonzern Rosneft verkauft wurden? Wie konnte es sein, dass keine Alarmglocken läuteten, als der Gazprom-Gasspeicher im letzten Sommer anders als sonst nicht gefüllt wurde?

Als größter Energiekunde Russlands wurde Deutschland zum obersten Kriegsfinanzierer. Da die Energiepreise, insbesondere der Gaspreis, so drastisch gestiegen sind, kann sich Russland auch mit reduzierten Lieferungen nach Europa weiterhin finanzieren. Die Gefahr, dass sich die Länder Europas in der Suche nach Gas gegenseitig ausspielen lassen und immer höhere Preise bezahlen, ist naheliegend. Wir bräuchten eine*n Chefunterhändler*in, um einen gemeinsamen Einkauf abzustimmen.

Kohle als Schicksalsfrage

Durch den massiven Anstieg des Gaspreises im Zuge des Ukrainekrieges greifen viele Länder weltweit wieder verstärkt auf die Kohle, die noch deutlich klimaschädlicher ist, zurück. Kohle ist so billig und so reichlich vorhanden, dass sie sich klimapolitisch zur Schicksalsfrage der Menschheit entwickelt. So greifen beispielsweise China, Südkorea, Pakistan und Indonesien vermehrt auf Kohle zurück. Wir sind weltweit dabei, die Türe zum 1,5-Grad-Ziel endgültig zuzuschlagen. 700 Gigatonnen CO₂ dürfen wir weltweit noch emittieren, wenn wir dieses Ziel einhalten wollen. Es lagert jedoch noch mehr als das Zwanzigfache davon im Boden.

Überwindung von Dilemmata

Die Gaspreiskrise gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland. Wir sind energiepolitisch vulnerabel und das wird ausgenutzt. Es ist absehbar, dass das wahltaktische Gegeneinander-Auspielen von sozialen und ökologischen Aspekten zu einer Zerreißprobe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und vielen anderen Ländern wird. Das Abschöpfen der Übergewinne von denjenigen, die ohne eigene Leistung von der Krise profitieren, wäre gerecht, scheint aber derzeit am Lobbydruck mächtiger Konzerne zu scheitern.

Das Tempolimit auf Autobahnen wäre eine politisch längst überfällige Maßnahme, um Sprit zu sparen, das Klima zu schützen und Unfälle zu reduzieren. Auch die europäische und möglichst weltweite Verteuerung der CO₂-Zertifikate wäre ein wichtiges Instrument. Um die wahren Kosten wiederzugeben, müssen sie nicht 100, sondern 200 oder (nach einer Studie des Umweltbundesamts) sogar 600 Euro pro Tonne CO₂ kosten. Wir haben mindestens zehn Jahre verschlafen, um mit der Energiewende ernst zu machen. Es erfordert ein hohes Maß an der strategischen Kombination ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Intelligenz, um die Sackgassen, Pfadabhängigkeiten und Dilemmata der gegenwärtigen Lage zu überwinden.

Der Ukrainekrieg als Katalysator?

Der durch den Ukrainekrieg ausgelöste Preisschock könnte sich als Katalysator der postfossilen Transformation erweisen. Auf dem Weg dorthin müssen wir aber, wenn das System der Versorgungssicherheit nicht kollabieren soll, transitorisch klimaschädliche Übergangslösungen wie kurzfristig vermehrte Kohleverbrennung akzeptieren. Auch eine Laufzeitverlängerung für die verbleibenden Atomkraftwerke im Winter gehört aus meiner Sicht zur Kategorie des kleineren Übels in der Güterabwägung. Im Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Klimaverträglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung sind Kompromisse unumgänglich. Sie sind bisweilen der Ernstfall der Ethik. Aber das langfristige Ziel, dass Deutschland spätestens 2045 klimaneutral sein sollte, darf nicht aus dem Blick verloren werden.

Tabuisierung der Rede von Verzicht

Wir sollten ehrlich werden und uns nicht länger mit Versprechen eines ökosozialen Transformationsmodells ohne Verzicht gegenseitig täuschen. Der Publizist Johano Strasser hat dies in einem Beitrag in der FAZ „Infantilisierung der Gesellschaft“ genannt: Man rede in unserer Wachstums- und Konsumgesellschaft mit den Bürger*innen nicht wie mit Erwachsenen, sondern gebe sich Illusionen hin. Zum Erwachsensein gehöre das Wissen und die Akzeptanz, dass man bisweilen um der höheren Ziele willen verzichten muss. Ohne empfindliche Einschränkungen einer hinreichend großen Zahl von Bürger*innen im persönlichen Verhalten bei Mobilität, Heizen und Stromverbrauch wird es nicht gehen.

Innovationschancen

Das schließt nicht aus, dass wir auch massiv technische und ökosoziale Innovationen brauchen, z.B.: Ausbau von erneuerbaren Energien und von Speichertechniken wie Power to Gas; grüner Wasserstoff in industriellem Maßstab in internationaler Kooperation; Substitution von fossilen durch nachwachsende Rohstoffe in der Industrie durch Bioökonomie; Herstellung von Carbon aus CO₂ mithilfe von Algen (so ein Modell in München, das der Weltklimarat in seinem jüngsten Report erwähnt); CCS (Carbon Capturing Storage), also die Abspeicherung von CO₂ und seine Verpressung in den Boden. Für CCS bietet Norwegen aufgrund günstiger geologischer Bedingungen an, die Speicherung zu übernehmen, woraus sich ein aussichtsreiches postfossiles Geschäftsmodell entwickeln könnte. Auch Deutschland bringt hervorragende Potenziale für eine ökosoziale Transformation mit. Fazit: Da es immer wieder zuerst die Armen sind, die am meisten unter dem Klimawandel leiden, ist innovative Klimapolitik ein unverzichtbares Element der auf Dauer gestellten Sozialpolitik.

| Prof. Dr. Markus Vogt

Professor für Christliche Sozialethik an der LMU München



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Schönhauser Allee 182, 10119 Berlin

Antirassismus als kirchlicher Auftrag

Zum Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Wenn von Rassismus die Rede ist, löst das bei vielen Weißen¹ Menschen Abwehrmechanismen aus. Menschen, die Rassismus erfahren und dies äußern, werden gerade von vielen Weißen Menschen aus der soziodemografischen Mitte der Gesellschaft oftmals auf aversive Weise als überempfindlich oder zu ängstlich dargestellt; die Benennung von und Rassismus und die Kritik daran werden als Beschränkung der Meinungsfreiheit verunglimpft oder als überzogene Äußerung diskreditiert.

Wenn es um Rassismus geht, zeigen viele Weiße Menschen gern mit dem Finger auf Neonazis in Springerstiefeln, die AfD oder die Identitäre Bewegung. Zweifellos ist Rassismus ein wesentlicher ideologischer Bestandteil der Neuen Rechten. Er ist jedoch nicht nur dort fest verankert, sondern auch ein Strukturmerkmal unserer Gesellschaft. Rassistische Denkmuster spiegeln sich in biologistischen Kategorisierungen, kulturellen Hierarchisierungen und der versuchten Rechtfertigung sozialer Ungleichheiten. Rassistisch motivierte Gewalt entsteht deshalb nicht im luftleeren Raum, sondern entspringt einer Umgebung, in der Rassismus bereits frühkindlich erlernt wurde und fortlaufend reproduziert

¹ „Weiß“ und „Schwarz“ werden im Text großgeschrieben, um zu kennzeichnen, dass es sich dabei nicht um Hautfarben, sondern um konstruierte Zuschreibungen handelt.

wird – in familiären Beziehungen, in Kinderbüchern, in der Schule, in Behörden, in der Weltpolitik. Und in der Kirche.

Ein Preis für die Menschenwürde

Motiviert vom urchristlichen Bekenntnis, jeden Menschen in seiner Würde anzuerkennen und als Abbild Gottes wahrzunehmen, haben die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken im September 2022 erstmals gemeinsam den Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ausgeschrieben, nachdem er bereits vierfach von der DBK vergeben wurde. Bewerbungen von Personen, Gruppen oder Organisationen, die sich in Deutschland aus dem katholischen Glauben heraus antirassistisch engagieren oder prägend an entsprechenden ökumenischen bzw. gesellschaftlichen Initiativen beteiligt sind, können bis zum 30. November 2022 eingereicht werden.² Am 14. Juni 2023 wird der Preis in Dresden verliehen.

Die katholische Kirche stärkt damit eine aktive Zivilgesellschaft, sei es im Engagement gegen rassistische Aufmärsche oder im Einsatz gegen Alltagsrassismus. Es handelt sich ausdrücklich nicht um einen Migrationspreis, da antirassistisches Engagement nicht nach Nationalität unterscheidet. Menschen, denen ein sogenannter „Migrationshintergrund“ wie ein ausgrenzender Stempel aufdrückt wird, machen vielfach die Erfahrung, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft als nicht zugehörig oder fremd kategorisiert zu werden, was sich auch in der häufigen Frage nach ihrer Herkunft ausdrückt.

Kirche als Agentin für Veränderung

Oft kommt Rassismus plötzlich zum Vorschein, wird ohne Vorwarnung zur unbeabsichtigten oder auch böswillig intendierten Verhaltensweise. Es muss ein zentrales christliches Anliegen für Weiß positionierte Menschen sein, in diesen Momenten Haltung zu zeigen, aber auch grundsätzlich für Rassismus zu sensibilisieren und ihn kompromisslos zu bekämpfen. Wir tun dies als Kirche(n) nicht von der Seitenlinie, sondern mitten auf dem Feld in unterschiedlicher Verantwortung – als Weiße Privilegierte und als Rassismus Erfahrende.

| Raphael de Araújo Bittner

Referent im ZdK-Generalsekretariat (Weiß positioniert); koordiniert gemeinsam mit der DBK die Ausschreibung, Jury und Verleihung des Preises

² Mehr Informationen unter <https://www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit/ausschreibung-2023>

Pressestelle Schönhauser Allee 182, 10119 Berlin
Tel. +49. (0) 30 166 380 - 630.
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Marc Frings Generalsekretär
Redaktion
Britta Baas Pressesprecherin

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner